

Betreff:

Notunterkunft für Flüchtlinge im Ortsbezirk

Antragstext:

Antrag der CDU-Fraktion:

Der Magistrat wird gebeten, zeitnah die Möglichkeit für ehrenamtliche Hilfe von Bürgern zu Gunsten der in der Notunterkunft der Hermann-August-Francke-Schule aufgenommenen Personen zu unterstützen.

Der Magistrat wird gebeten, hierzu insbesondere den im Ortsbeiratsbezirk angesiedelten Verein Casa e.V. aktiv in die Hilfe und Koordination einzubinden.

Zur Koordination der Hilfeleistungen soll insbesondere als Eilmaßnahme die Einbindung der Initiative "Heimathafen" zur Bereitstellung der Plattform "www. Wiesbadenbringtzusammen.de" erfolgen. Die Plattform soll freiwillig angebotene Leistungen von Helfern mit Hilfesuchen der betroffenen Flüchtlingen sinnvoll zusammenbringen.

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Schule Räumlichkeiten für Sprechstunden des Ausländerbeirates mit sprachkundigen Mitgliedern des Beirats zur Verfügung gestellt werden können.

Der Magistrat wird in diesem Zusammenhang ebenfalls gebeten zu prüfen, wo entsprechende Räumlichkeiten für die Durchführung einer Sprechstunde seitens des Ortsbeirates zur Verfügung gestellt werden können.

Begründung:

Mit der Einquartierung von Flüchtlingen in der Notunterkunft in der Hollerbornstraße entsteht absehbar der Bedarf auch an ehrenamtlicher Hilfe der Bürger des Ortsbeiratsbezirks. Ein wichtiges Mittel der unmittelbaren Hilfe kann das Zusammenführen von Hilfsangeboten und Bedürfnissen sein. Dies kann über die Initiative "Heimathafen" erfolgen, die entsprechende Räumlichkeiten für die Betreuung der Internetplattform www.Wiesbadenbringtzusammen.de zur Verfügung stellen kann.

Eine weitere Form der Unterstützung kann darin bestehen, dass in der Muttersprache der Herkunftsländer durch Mitglieder des Ausländerbeirates in den Räumlichkeiten der Schule Sprechstunden angeboten werden.

Ferner sollte für Bürger des Ortsbeiratsbezirks die Möglichkeit einer unmittelbaren Ansprache der Ortsbeiratsmitglieder geschaffen werden, damit auch von dieser Seite Erfahrungen, Befürchtungen und Probleme geäußert werden können.

Durch die Koordination von Hilfsangeboten, Sprechstunden für Flüchtlinge und angestammte Bürger des Ortsbeiratsbezirks sollen mögliche Konflikte vermieden und entstehende Konflikte durch Kommunikation abgemildert oder gelöst werden.

Antrag Nr. 15-O-03-0024
CDU

Wiesbaden, 30.09.2015